

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanngewiesener Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anwendung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thelenndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Tittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. L. Fröhner's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 149

Donnerstag, den 28 Juni 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Der Vorkonferenzrat des Reichstages ist auf Donnerstag vormittags 11 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um über die Einberufung des Reichstages und seine Geschäftslage zu beraten.

Der englische Pilot Courtney ist von Lisbon aus zum Ozeanflug nach Amerika gestartet.

Der amerikanische Arbeiterführer Murphy ist nach Meldungen aus Chicago von unbekannten Tätern erschossen worden. Die Verdächtigen konnten im Automobil flüchten.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz (Hausbesitzer-Verein) Einen für Hausbesitzer recht wichtigen Vortrag hielt der Vorsitzende, Herr Stadtrat Bierichelt am Dienstag im „Bürgergarten“. Seine unermüdete Arbeit zu Nutz und Frommen des Hausbesitzes, seine eigene, verständliche Art, Zweifelhaftes aufzuklären, sichern ihm immer ein volles Haus. So auch am Dienstag. Von großem Wert für die Hausbesitzer waren die Erläuterungen über die neue Einheitsbewertung für 1928. Die Grundstücke werden höher bewertet, dabei steigt auch die Grundsteuer automatisch. Bei der Feststellung des neuen Einheitswertes zwangsbewirtschafteter Grundstücke ist auch wieder von dem Wehrbeitragswert auszugehen, erfahren aber durch den erhöhten Hundertsatz vom Wehrbeitragswert den erhöhten Einheitswert, der bei Mietwohngrundstücken nicht mehr nach der Friedensmiete, sondern nach Anzahl der Wohn- und Schlafräume festgesetzt und im Durchschnitt um 10 % des Wehrbeitragswertes höher wird. 3 B, ein Grundstück mit 20 000 Mk. Wehrbeitrag steigt der Einheitswert von 7000 auf circa 9000 Mk. Bei Grundstücken, die der Zwangswirtschaft nicht unterliegen, wird statt der bisherige 18fache Ertragswert als Einheitswert zu Grunde gelegt. Herr Bierichelt empfahl genaue Prüfung der im Herbst kommenden Steuerbescheide und ermahnte, bei ev. Reklamationen die vier Wochen Einspruchsfrist nicht zu versäumen. Mit dem Steigen der Einheitswerte steigt auch das Vermögen. Der Vortragende gab genaue Erläuterungen über Steuerfreiheiten und erklärte dann, die Ausfüllung des bis Ende dieses Monats einzureichenden Formulars der Vermögensdeklaration, den ein jeder Besucher mitgebracht hatte. Auch die anderen Deklarationen über Grundstücke und Gewerbe wurden erläutert. Alsdann erteilte Herr Bierichelt Bericht über die Tagung in Pirna. Interessant war die Feststellung, daß der sächsische Verband der bestorganisiertesten ist im deutschen Vaterlande. (Ueber die Pirnaer Tagung brachten wir einen Bericht in Nr. 143 des Pulsnitzer Tageblattes vom 21. Juni). Herr Stadtrat Bierichelt gab bekannt, daß er im Interesse des Hausbesitzes ein Gesuch an den Stadtrat gerichtet habe, in dem die Bitte um bessere Ueberwachung der Fahrtgeschwindigkeiten der Lastkraftwagen ausgesprochen wird, um den dadurch entstehenden Häuserschäden bestmöglichst baldigste Abhilfe zu schaffen. Weiter wurden von ihm Erläuterungen über Mietzinssteuerermäßigungen, über Haftpflicht und Hypothekenschutz des Hausbesitzes gegeben. Am Schluß seiner Ausführungen bat Herr Bierichelt, für den Hausbesitz weiter zu werben, denn nur enger Zusammenschluß kann ihm die Freiheit eher wieder bringen. Nachdem Herr Baumeister Johne dem Vorsitzenden den Dank für seine Ausführungen und Mühen ausgesprochen hatte, wurde die Versammlung gegen 1/11 Uhr geschlossen.

Pulsnitz. (Bau eines Wasserbassins.) Zur Behebung des Wassermangels bei etwa ausbrechendem Feuer wird gegenwärtig im alten Stadtteil „Polzenberg“ ein Wasserbassin von größerer Dimension durch Herrn Baumeister Paul Johne errichtet. Bei den Ausschachtungsarbeiten stieß man infolge Triebandes auf größere Schwierigkeiten. In der Tiefe gab es mancherlei zu beseitigen, alte Granitbinder und hölzerne Schleusenrohre erschwerten das Arbeiten und infolge größeren Wasserdruckes von der Bergseite her mußte Tag und Nacht das Wasser aus der Grube gepumpt werden. Der Bassin ist im Lichten 8 Meter lang, 5 Meter tief und 1,80 Meter hoch und faßt somit 72 Kubikmeter Wasser. Derselbe wird mit einer Eisenbetondecke überspannt, sodas darüber der Verkehr ungehindert stattfinden kann. Bei einem ausbrechenden Brande wird der aufgespeicherte Wasservorrat circa 1 1/2 Stunde für unsere Motorpumpen ausreichen. Es dürfte somit nunmehr auch bei einem größeren Brande für

Berufsheere oder Volkshere?

Ein Vortrag des Generalobersten von Seect in München

Kompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie — Regierungsbildung abermals vertagt — Die volksparteiliche Fraktion verwarnt Stresemann — Republik oder Monarchie? — Behält Herrmann Müller die Regierungsbildung? Müller Franke gibt seinen Auftrag zurück? — Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — Die Berliner Presse zur Regierungsverhandlung — Rücktritt der polnischen Regierung — Amundsens Flugzeug gestrichet

München. Generaloberst von Seect hielt auf Einladung des akademischen politischen Klubs einen Vortrag über das Thema: „Berufsheere oder Volkshere?“, zu dem sich ein zahlreicher Kreis von Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Lagern eingefunden hatte.

Der Vortragende nahm die Antwort auf seine Fragestellung gleich vorweg, indem er sich für beide, also für Berufsheer und Volkshere, aussprach. Der Politiker und der Militär müsse, so erklärte Seect, davon ausgehen, daß, wenn ein Krieg unvermeidlich geworden sei, dessen Abführung das erwünschte Ziel sei. Man scheine sich aber auf dem entgegengesetzten Wege zu befinden. Schon im letzten Weltkrieg hätten die Flugzeug- und Fliegerangriffe den Krieg weit in das Hinterland hineingetragen und das ganze Volk in Mitleidenschaft gezogen. In der Zukunft werde das wohl noch in erhöhtem Maße der Fall sein, und das neue französische Rüstungsgesetz ziehe die ganze Nation ohne Ausnahme zur Verteidigung der Nation heran. Wenn man nun versuchen wolle, ein Volk des Seeres der Zukunft zu geben, so ergäben sich folgende Feststellungen:

Die Massenheere haben sich zur Herbeiführung der Entscheidung als unbrauchbar erwiesen.

Die Masse muß durch den Wert ersetzt werden. Die Herrschaft des Materials muß die des Geistes gegenübergestellt werden. Es sind kleinere bewegliche hochwertige Heere notwendig. Die Sicherung durch das Friedensheer muß den Bedürfnissen entsprechen. Ein Volk muß vorbereitet sein, um im Kampfe um sein Dasein seine ganze Kraft einzusetzen. Die Rüstung eines Volkes darf keinen für ein anderes Volk bedrohlichen Charakter haben. Sie muß also auf Sicherheit und Verteidigung eingestellt sein, und nicht auf den Angriff. Gründliche, lange Ausbildung des Berufsheeres, sei Vorbereitung, aber zur Verteidigung des Vaterlandes muß jeder Wehrfähige vorbereitet sein. Also Berufsheer und Volkshere.

Auf Grund dieser Feststellungen kam Generaloberst von Seect zu folgenden Schlussfolgerungen: Ein der Größe und den Bedürfnissen des Landes angepasstes Berufsheer mit langer Dienstzeit, möglichst aus Freiwilligen bestehend, dazu ein System allgemeiner Wehrpflicht, militärische Jugendberziehung mit dem Ziel körperlicher Ausbildung, Sicherstellung des ersten Materialbedarfs für das Friedensheer.

Wirrwarr in der Regierungskrise.

Neue Forderungen des Zentrums.
Berlin. Die Regierungsbildung Müllers, die in ihrem neuen Stadium des sogenannten Kabinetts der Persönlichkeiten schon am Dienstag abgeschlossen schien, ist neuerdings wieder in Frage gestellt. Im Laufe des Mittwochvormittags waren im Reichstag die Fraktion der Deutschen Volkspartei und die Fraktion des Zentrums zusammengetreten. Die Deutsche Volkspartei hatte den Abgeordneten Müller aufgefodert, mit den offiziellen Beschlüssen der Kabinettsbildung zu warten, bis eine Fraktionsberatung der Deutschen Volkspartei noch einmal zu dem

Telegramm des Außenministers Dr. Stresemann
Stellung genommen habe. Diese Fraktionsberatung fand hinter verschlossenen Türen statt. Das Zentrum hatte im Gegenfah zu der beabsichtigten Kabinettsbildung, die nicht an die Fraktionen gebunden sein soll, von der Fraktion aus eine ganze Reihe von Forderungen für die Zusammensetzung des Kabinetts aufgestellt. Das Zentrum forderte außer dem Reichsarbeitsministerium für Dr. Brauns das Ministerium für die belehnten Gebiete für den Abg. v. Guérard, und zwar mit Einbeziehung der gefährdeten Grenzgebiete. Weiter forderte das Zentrum schließlich einmütig das Reichsverkehrsministerium für Dr. Wirth, aber in Verbindung mit dem Posten des Bizekanzlers.

Um 145 Uhr am Mittwoch hatte sich die Situation im Reichstag erneut verschoben. Es hatte eine Unterredung der Zentrumsabgeordneten v. Guérard und Wirth mit den Vertretern der Sozialdemokratie stattgefunden. Es heißt, daß das Zentrum gewillt sei, die Ministerien der belehnten Gebiete und des Verkehrs mit den genannten Abgeordneten zu befehlen, wenn ihm ein politisches Ministerium gegeben würde. Das Zentrum verlangt danach neuerdings das Innenministerium und will dafür das Arbeitsministe-

rium an die Sozialdemokraten abgeben, also den Minister Dr. Brauns zurückziehen.

Regierungsbildung abermals vertagt.

Berlin. Reichstagsabgeordneter Müller erstattete in der sozialdemokratischen Fraktionsfraktion am Mittwoch über den Stand der Regierungsverhandlungen Bericht und begab sich dann um 6 Uhr abends zum Reichspräsidenten. Man rechnete nunmehr im Reichstag allgemein damit, daß Müller seinen Auftrag zurückgeben werde, nachdem zwischen Zentrum und Sozialdemokratie über die Befetzung der Ministerposten keine Einigung erzielt worden war. Er vertrat aber beim Reichspräsidenten seine Anschauungen, und der Reichspräsident billigte diese Anschauungen insofern, als er die Befetzung des Postens des Bizekanzlers für unnötig erklärte und die Forderung des Zentrums nach der direkten Einflußnahme auf die Befetzung der Ministerien als unmöglich bezeichnete.

Müller kehrte in den Reichstag zurück und hatte infolge des Ergebnisses der Unterredung mit dem Reichspräsidenten wieder eine Unterhaltung mit den Abgeordneten des Zentrums. Vorläufig ist jede weitere Entscheidung auf Donnerstag vormittag verschoben, womit ungefähr zum 25. Male die Regierungsbildung vertagt worden ist.

Die volksparteiliche Fraktion verwarnt Stresemann.
Vertrauensumgebung für den Fraktionsvorsitzenden Scholz.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gab über ihre Fraktionsfraktion am Mittwoch folgendes Kommuniqué aus:

Es wurde zunächst, und zwar in geheimer Abstimmung, folgende Entschlieung einstimmig angenommen: „Die Fraktion dankt ihrem Vorsitzenden und Führer auf das wärmste für seine nun fast fünf Jahre währende unermüdete, opferwillige und erfolgreiche Arbeit im Dienste für Fraktion, Partei und Vaterland, insbesondere auch für die geschickte und zielbewusste Führung der Verhandlungen zur Regierungsbildung in den letzten Wochen und spricht ihm ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.“

Des weiteren wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen: „Die Fraktion stellt fest, daß die richtige Leitung der Partei und der Fraktion eine ständige enge Führung aller an den politischen Entscheidungen Beteiligten untereinander und mit dem Fraktionsführer voraussetzt und erwartet daher, daß dementsprechend von allen Fraktionsmitgliedern verfahren wird.“

Am Schluß ihrer Sitzung wurde folgende Entschlieung angenommen: „Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht ihrerseits zu verzögern, gegen eine Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nicht-fraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwendungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- und Misstrauensvoten dadurch in keiner Weise gebunden ist und insbesondere von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig sein wird.“

Republik oder Monarchie?

Zu den Auseinandersetzungen in der Deutschnationalen Volkspartei.

Hannover. Wie der „Hannoversche Kurier“ erfährt, hat der Angestelltenausschuß Hannover der Deutschnationalen Volkspartei zu den Meinungsverschiedenheiten, die sich aus dem Aufsch des Reichstagsabgeordneten Lambach über die monarchische Frage innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei ergeben haben, folgende Entschlieung gefaßt:

Der Vorstand des Angestellten-Ausschusses Hannover der Deutschnationalen Volkspartei hat von den Auseinandersetzungen über die monarchische Frage Kenntnis genommen. Der Vorstand begrüßt die Absicht, über diesen Programmpunkt der Partei vollkommene Klarheit zu schaffen. Er hält sich für verpflichtet, der Reichsparteileitung mitzuteilen, daß sich unter den angestellten Mitgliedern und Anhängern der Partei sowohl konservative Monarchisten als auch konservative Republikaner befinden. Noch größer dürfte die Zahl der angestellten